

Stadt lehnt Geschenk ab

Ein Investor will für vier Millionen Euro einen Kindergarten und 15 Sozialwohnungen bauen – Doch die Lokalbaukommission ist dagegen

MÜNCHEN Ein Investor will der Stadt einen Kindergarten und 15 Sozialwohnungen schenken. Das Sozialreferat ist begeistert. Doch die Lokalbaukommission sagt nein: mit vier Etagen ist der Bau zu hoch. Dabei stehen nebenan 13-stöckige Häuser. „Das ist ein Skandal angesichts der steigenden Wohnungsnot in München“, klagt Stadtrat Robert Brannekämper (CSU).

Seit über 40 Jahren liegt das Areal an der Kandinsky-Straße in Solln brach. Die Stadt wollte einen Kindergarten bauen, tat es aber nie. In den 90er Jahren wollte ein Investor ein dreistöckiges Wohnhaus bauen. Die Stadt ver-

langte 40 Prozent Sozialwohnungen – da sprang er ab.

Jetzt hat ein Münchner Immobilienverwalter das Grundstück gekauft. Sein Angebot: Im Erdgeschoss baut er eine Kindertagesstätte (für 24 Kinder) und darauf drei Etagen mit Sozialwohnungen. Insgesamt also 15. Kosten: vier Millionen Euro. Eine Etage mehr als in den 90er Jahren erlaubt, aber mit einem Kindergarten.

Das Sozialreferat ist begeistert, denn es gebe einen dringenden Bedarf an Sozialwohnungen. Das Grundstück biete sich besonders an: „In Solln konnte bis heute kein Sozialwohnungsbauvorhaben realisiert werden und auch länger-



Das Luftbild zeigt, wo der L-förmige Kindergarten gebaut werden soll. Daneben sieht man die 13-geschossigen Hochhäuser.

fristig ist kein Grundstücksangebot zu erwarten.“

Im Planungsreferat bekam der Investor erst einen positiven Vorbescheid. Doch dann lehnte die Lokalbaukommission das Projekt ab: „Das ist

schon ein dicht bebautes Gebiet, das nicht noch weiter verdichtet werden kann“, so ein Sprecher. Zudem seien die Vorgaben des Bebauungsplanes „deutlich überschritten“. Genau das genehmigte die Stadt

aber auf der anderen Straßenseite, wo es mehr Baurecht für einen Supermarkt gab – dort waren Reihenhäuser geplant.

Also nur zwei statt drei Etagen. Doch auch das Sozialreferat sagt: Mit diesem Baurecht rechnet sich der Neubau nicht – das sei für die Stadt und den Investor unwirtschaftlich.

Ein entsprechendes Gutachten des Architekturbüros Albert Speer überzeugt die LBK nicht. Darin steht: Angesichts der Wohnungsnot und der hohen Häuser in der Umgebung sei das dort höhere Baurecht eine „sinnvolle Nachverdichtung“. Brannekämper: „Das Handeln des Planungsreferats steht in krassem Widerspruch zu den Bekundungen des Oberbürgermeisters.“ Und der Anwalt des Investors, Benno Ziegler, resümiert: „Die wollen einfach nicht.“ **Willi Bock**